

Gegenstand: Haushalte 2014 der Stadt Speyer, der Bürgerhospitalstiftung, der Waisenhausstiftung und der Kolbstiftung mit den Haushaltsreden der Fraktionen/Gruppierungen

Haushaltsrede der CDU-Fraktion - Dr. Jung

Herr Dr. Jung thematisiert die zunehmenden Aufgaben, welche die Kommunen belasten und die insbesondere vom Land nach unten delegiert werden. Er bezieht sich dabei auch auf die Feststellungen des Landesrechnungshofes und kritisiert u.a.,

- Im Sozialbereich sollen Bundesentlastungen nur zum Teil weitergegeben werden;
- Fehlende Kostenübernahme bei den Kinderbetreuungsangeboten, die für sich gesehen nicht kritisiert werden. Während der Bund 1/3 der Kosten erstattet, beteiligt sich das Land nicht. Aus diesem Grund wird die Klage der Stadt Neustadt begrüßt
- Von der Verpflichtung des Landes durch den Verfassungsgerichtshof zu einer angemessenen Finanzausstattung der Gemeinden werden durch Gegenkompensationen voraussichtlich nur wenige %-Punkte bei den Kommunen ankommen.
- An den Schulen verfolgt das Land die Inklusion, also den gemeinsamen Unterricht von behinderten und nicht behinderten Kindern, was per se zu begrüßen ist. 38 Inklusions-SchülerInnen bedeuten aber auch 38 individuelle BetreuerInnen, bezahlt von der Stadt mit jährlich rund 770.000 € noch ohne Berücksichtigung evtl. erforderlicher Umbaumaßnahmen. Dieser Aufwand entspricht den zukünftigen jährlichen Kosten für den Busverkehr oder der Hälfte der ursprünglich geplanten Gewerbesteuererhöhung.
- Aus der Schulsozialarbeit zieht sich das Land zurück, auch Schulbuchfreiheit und Schülertransport sind Themen, welche die Kommunen zusätzlich belasten.

Insgesamt attestiert er einen schleichenden Prozess, der sich aber aufsummiert. Hinzu kommt die fehlende Strukturreform und Aufgabenkritik. So wurde ein Verbandsgemeinden-Neuzuschnitt ohne Rücksicht auf Wechselbeziehungen mit den Städten vom Land verordnet.

Er bescheinigt OB und Verwaltung erhebliche Anstrengungen zur Konsolidierung der Stadtfinanzen, was sich im erwarteten Rechnungsergebnis für 2012 widerspiegelt. Bei allem Verständnis für die Bemühungen der Verwaltung hat sich die CDU aber gegen eine Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes ausgesprochen, weil die Zahlungen, auch ohne Erhöhungen, dank der guten konjunkturellen Entwicklung einen historischen Höchststand erreicht haben, während sich die Firmen in einem knallharten, teils existenziellen Wettbewerb befinden.

Bei den Kinderhorten sieht er Speyer weit vorne, während im gymnasialen Bereich noch immer kein Ganztagsangebot besteht. Dabei werde übrigens das Angebot der Stadt besser beurteilt als die schulischen Einrichtungen des Landes. Die Freizeitangebote für Jugendliche werden von den vielfältigen Angeboten bei den (Sport-)Vereinen getragen. Begrüßt werde auch das Engagement der politischen Jugendverbände und des Jugendstadtrates.

Er wiederholt seine Forderung aus der Haushaltsrede des letzten Jahres, mit den Umlandgemeinden eine gemeinsame Einrichtung der Jugendhilfe auszuloten. Daneben sind auch das Frauenhaus, die Jugendcafés, das Mehrgenerationenhaus, die Quartiersmensa und das Seniorenbüro Einrichtungen, in denen bürgerschaftliches Engagement gelebt werde. Allerdings wird eine echte Ehrenamtsbörse immer noch vermisst. Speyer sei auch eine Kulturhochburg, die durch eine Vielzahl von Akteuren "von unten" getragen wird.

Als große, neue Projekte sieht er die militärischen Konversionsgelände, für die seitens der CDU bereits verschiedene Ideen existieren. Er schlägt vor, die Verwaltung solle die Möglichkeit zusätzlicher Städtebaufördermittel der neuen Bundesregierung für den Sozialen Wohnungsbau abprüfen. Er erinnert in diesem Zusammenhang an den Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom Februar 2012, bei dem Bebauungspläne für die bisher nicht überplanten Innenbereiche in Speyer gefordert wurden und bittet um Information über dessen Umsetzung.

Verkehrs- und Lärmaktionsplanung, integrierte Stadtentwicklung und Projekte wie Speyer 100 % regenerativ, "essbare Stadt" und Fair-Trade-Stadt könnten in der EU-Innovationspartnerschaft "Smart Cities" zusammengeführt werden, für die derzeit die Aktionsplanung läuft.

Die CDU-Fraktion stimmt dem Haushaltsentwurf 2014 zu.

Haushaltsrede SPD-Fraktion - Walter Feiniler

Herr Feiniler stellt einleitend fest, dass das Tempo des politischen Meinungswechsels zum Teil atemberaubend sei und man in Zeiten lebe, in denen alles auf dem politischen Prüfstand stehe.

Nüchtern betrachtet seien die rund 2 Kilo Haushaltsdaten mit knapp 20 Mio. € Defizit einfach viel Papier, erst die Beratung und Beschlüsse hauchen ihnen Leben ein. Der Haushalt stellt Weichen für die Zukunft, ist aber nicht alleine der einzige Beitrag zur Entwicklung einer Stadt. Daher sollte die Bürgerbeteiligung mit Fokus auf Bildung, Soziales, bezahlbarer Wohnraum, Konversion sowie Wirtschaftsförderung im Mittelpunkt stehen. Basis dafür ist der soziale Wohlfahrtsstaat, daran ist die FDP im Bund gescheitert.

Ohne handlungsfähige Städte ist kein Staat zu machen. Er wirft die Frage auf, ob der "großen" Politik Banken wichtiger sind als ihre Kommunen. Konsolidierungsbemühungen sind nur erfolgreich, wenn alle an einem Strang ziehen. Er fordert differenzierte Organisationsbetrachtungen im Personalbereich und nicht nur ein Drehen an der Personalschraube immer nur nach unten; als Beispiel nennt er Stadtgrün und Friedhof: wenn der Friedhof als Spiegel einer Stadt dient, dann sei Speyer auf einem schlechtem Weg. Eine Nachbesetzungssperre nach der Rasenmähermethode muss hinterfragt werden.

Mindereinnahmen infolge der Nichterhöhung der Gewerbesteuer mit der Senkung der Ansätze bei der Wohnraumhilfe zu kompensieren, sei ein höchst unsozialer Weg, der von der CDU vorgeschlagen wurde, welche dem OB in dieser Frage die Gefolgschaft verweigert. Er wiederholt seine Forderung, nicht nur auf die Landesregierung zu schimpfen, sondern auch den Bund in die Verantwortung zu nehmen.

Auch die SPD hat sich des Themas Konversion schon frühzeitig angenommen und sieht darin eine Chance für Speyer. In der Reihe "Fraktion im Dialog" mit Bürgerinnen und Bürgern wurden dabei drei Schwerpunktbereiche herausgearbeitet:

1. Unterschiedliche Nutzungsoptionen (z.B. Gewerbe, Mehrgenerationenwohnen, Sport/Freizeit)
2. Bildungseinrichtungen / Existenzgründerzentrum
3. Ökologische Fragestellungen: Grünzug, Frischluftschneisen, Wasserschutz

Dies alles soll unter intensiver Bürgerbeteiligung in die Verhandlungen einfließen. Dabei muss die Stadt Herr des Verfahrens bleiben und möglichst alle Flächen treuhänderisch übernehmen. Zur Finanzierung erinnert auch er an Mittelzusagen aus den Koalitionsverhandlungen.

Bezahlbarer Wohnraum bleibt ein Top-Thema für die SPD. Projekte wie Erlus und Marienheim schaffen zwar neue Angebote, sind aber nur für einen kleinen Teil von Menschen finanzierbar; hier läuft die Entwicklung aus dem Lot. Es muss wieder mehr soziales Wohnen und attraktiver, bezahlbarer Wohnraum für kleine und mittlere Einkommen geschaffen werden. Hierzu ist ein Wohnraumkonzept erforderlich, für das die SPD-Fraktion einen entsprechenden Antrag ankündigt.

Im Bereich Bildung sieht er eine massive Veränderung der Schullandschaft durch die Änderung der Angebote. Deshalb ist 2014 der Schulentwicklungsplan zu überarbeiten; dazu müssen aufgenommen werden:

1. eine Reaktivierung des Schulkatasters,
2. die Festschreibung der Schulsozialarbeit und
3. ein gymnasiales Ganztagsangebot,

denn ein attraktiver Schulstandort ist wichtig auch für die Wohn- und Arbeitsqualität.

Er wiederholt in diesem Zusammenhang inhaltlich den Fragenkatalog aus der Anfrage der SPD-Fraktion vom 25.08.2013 (Stadtrat 19.09.2013) und **beantragt die Einberufung eines Runden Tisches** zu diesem Thema sowie weitere Sitzungen des Schulträgersausschusses, da die bisher geplanten Sitzungen für 2014 nicht ausreichen, um den Schulstandort Speyer weiterzuentwickeln.

In Sachen der Wirtschaftsförderung der Stadt sieht er einen Paradigmenwechsel, den die SPD schon früher gefordert hat und bei dessen Umsetzung die Mithilfe angeboten wird, um die bisher fehlende vernetzte Wirtschaftsförderung zu realisieren. Tourismusförderung und Messen und Märkte sind in einem Dezernat zusammen zu fassen; zusätzlich soll die Zusammenarbeit in und mit der MRN beim Tourismus intensiviert werden. Auch die Stadtteolförderung liegt der SPD am Herzen. Er fordert für Neuland und Vogelgesang eine nachhaltige Umgestaltung der Stadtteilzentren mit Nahversorgung. Als positives Beispiel dafür nennt er den Berliner Platz. Ebenso muss die VEP-Konzeption weiterentwickelt werden.

Die SPD-Fraktion stimmt dem Haushaltsentwurf mit Ausnahme der Teile, die den Flugplatz betreffen, zu. Eine Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes wird ausdrücklich befürwortet.

Haushaltsrede der SWG-Fraktion – Martin Roßkopf:

Herr Roßkopf reagiert einleitend auf die Aussagen von Herrn Feiniler und stellt fest, dass man sich die ganze Arbeit und die Kosten auch hätte sparen können, wenn man nun Kernpunkte des VEP plötzlich nicht mehr haben will.

Zum Haushaltsentwurf merkt er an, dass eine Ausgabenerhöhung um 7 Mio. € innerhalb eines Jahres zu verzeichnen ist. Die Stadt hat also kein Einnahme- sondern ein Ausgabeproblem. Es besteht eine Kombination aus originärem wie strukturellem Defizit. Besonders die Kassenkredite zur Überbrückung kurzfristiger Liquiditätslücken sind alarmierend. Die Schuldenentwicklung insgesamt bereitet der SWG Sorgen; sie erreicht inzwischen 263 Mio. € und ist seit 1975 steil ansteigend. Mit 5.288 € je Einwohner liegt die Pro-Kopf-Verschuldung "sehr hoch" (Rating-Agentur Ernest & Young, ab 4.000 €). Die Neuverschuldung dient inzwischen nur noch der Bedienung der Kredite; die Kommune finanziert damit den Kapitalmarkt, was nicht ihre Aufgabe sein kann und ist bald überschuldet, zu Lasten kommender Generationen.

Zur Haushaltskonsolidierung stehen Ausgabekürzungen und Einnahmeverbesserungen zur Verfügung. Der KEF-Vertrag sieht überwiegend die Einnahmeerhöhung = Steuererhöhungen vor. Der Finanzdezernent hat sicherlich den Gesamtüberblick über

Einsparungsmöglichkeiten und sollte Vorschläge mit der Politik und den Bürgerinnen und Bürgern diskutieren.

Die SWG betrachtet Mischfinanzierungen von Projekten kritisch, da man sich als verschuldete Stadt nicht alle Eigenanteilmittel leisten kann. Als Beispiel nennt er den Ansatz von 400.000 € für den Fahrradverkehr, der sicherlich ein wichtiges Thema ist. Was sich aber genau hinter dem Ansatz verbirgt, bleibt ihm verborgen. Die Fahrradverleihstationen in London verursachen Folgekosten in Höhe von 3 £ pro Einzelfahrt. Seines Wissens gab es lediglich einen Prüfauftrag der CDU für EU-Fördermittel; die Verwaltung hat jetzt bereits Fakten geschaffen. Gleiches gilt für den Mittelansatz für Stadtmarketing.

Beim Stichwort Bürgerbeteiligung zeigen Ergebnisse einer Studie der Bertelsmann-Stiftung, dass die meisten Bürgerinnen und Bürger nicht umfassend über den Schuldenstand informiert sind. Bei entsprechender Kenntnis der tatsächlichen Verschuldungsquote der Stadt wäre ein Projekt wie z.B. die Renaturierung des Woogbachtals wohl nicht gebaut worden.

Die SWG-Fraktion fordert einen allgemeinen Sperrvermerk auf alle Investitionsmaßnahmen im Haushalt und eine Freigabe durch den Rat erst nach Vorlage eines Finanzierungskonzeptes und einer Kosten-Nutzen-Analyse, insbesondere auf die Projekte:

- Weiterführung "Soziale Stadt SP-West" (602.500 €)
- Stadtumbau im Rahmen "Entwicklungsband Kernstadt Nord" (340.000 €)
- Verbesserung der Fahrradinfrastruktur (400.000 €)

Dies gilt auch für den Einkauf externer Beratungs- und Planungsleistungen.

Weiterhin muss der gesamte Komplex der freiwilligen Leistungen auf dem Prüfstand gestellt werden. **Die SWG beantragt** für die erste Sitzung des Haupt- und Stiftungsausschusses im Jahr 2014 eine Vorlage darüber, welche

- Beratungs- und Gutachtenleistungen für die geplanten Investitionsmaßnahmen in 2014 veranschlagt sind,
- welche weiteren externen Beratungen, Gutachten und Unterstützungsleistungen in 2014 extern eingekauft werden, beispielsweise für die Konversions-Masterpläne, das Projekt Klimawandel – Speyer Folgen und das Konzept Stadtmarketing,

Darüber hinaus beantragt die SWG für diese Sitzung eine Vorlage der Verwaltung, wie die sonstigen laufenden Aufwendungen in Höhe von rund 9.5 Mio. € um pauschal 10 % gekürzt werden können.

Mit der SWG-Fraktion wird es kein "weiter so" geben.

Haushaltsrede Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Johannes Jaberg

Herrn Jaberg erscheint es einleitend bemerkenswert, dass die SWG dem Haushalt überhaupt zustimmt, weil nach diesem Vortrag eine Zustimmung eigentlich nicht möglich ist.

Die Klimaschutzkonferenz in Warschau gescheitert, weil die globalen Player ihrer Verantwortung nicht gerecht werden. Dann muss die Bewegung nach Ansicht der Grünen auf der kommunalen Ebene von unten auf den Weg gebracht werden. Fair-Trade-Stadt oder Verleihung des Solarpreises an die SWS sind erste Schritte in diese Richtung, aber Nachhaltigkeit muss sich durch alle Handlungsfäden der Kommune ziehen. Speyer muss den Blick auf die Zukunft richten, auch wenn das Wasser bis zum Hals steht.

Feuerwehr, ÖPNV, Verkehrsentwicklung (VEP), steigende Ausgaben bei Schülerbeförderung und Sozialleistungen sind weitere schwierige Aufgaben für die Haushaltsplanung

Welche Ausgaben konkret gesenkt werden sollen, bleibt bei der SWG im Dunklen. Da scheint es fast schon konsequent, parallel dazu die vorgeschlagene Erhöhung der Gewerbesteuer abzulehnen, ebenso wie die CDU. Bündnis 90/Die Grünen waren dafür, weil diese Mittel zukunftsorientiert eingesetzt werden sollten.

Er wirft die Frage auf, wo bei den freiwilligen Leistungen gespart werden soll. Bei schwieriger Abgrenzung zwischen Pflicht- und Funktionsaufgaben machen diese großzügig gerechnet rund 9 Mio. € von Bibliothek bis Stadtgrün aus; streicht man dies alles, verbleibt immer noch ein Haushaltsdefizit von 11 Mio. €. Alleine der Gesamtansatz für Bildungsausgaben machen im Haushalt lediglich rund 26 Mio. € im Jahr aus. Daraus wird erkennbar, dass es sich ganz deutlich um ein strukturell bedingtes Defizit handeln muss.

Die Grünen stehen für ein gymnasiales Ganztagsangebot, wobei die Eltern eher zurückhaltend sind. Es müssen jedoch auch die Rahmenbedingungen dafür stimmen. Ein Konzept, das sich an den Bedürfnissen von SchülerInnen und Eltern orientiert, darf nicht an der Knappheit der Mittel scheitern. Er sieht allerdings auch Einsparungspotenziale an den Schulen im Bereich Energie und schlägt die Bildung einer Arbeitsgruppe zu diesem Thema unter Beteiligung von Eltern, LehrerInnen und SchülerInnen vor.

Weiteres wichtiges Thema ist die Umsetzung des VEP; dabei spielt der Fahrradverkehr eine zentrale Rolle. Bündnis 90/Die Grünen begrüßen die Einstellung von Mitteln hierfür, fordern allerdings auch Rechenschaft darüber. **Die Fraktion stellt den Antrag**, zu prüfen, welche Straßensanierungsmaßnahmen zurückgestellt werden könnten, um den Ausbau der Fahrradinfrastruktur gegen zu finanzieren. Fragen, wie die Verkehrsführung in der Altstadt, sind auf jeden Fall zurückzustellen bis die Arbeitsgruppe VEP ihre Arbeiten abgeschlossen hat. Die Forderungen nach vorzeitigen Entscheidungen hängen vermutlich mit dem anstehenden Wahlkampf zusammen.

Der ÖPNV muss preislich interessant gestaltet werden, um den Umstieg auf Busse und Bahnen attraktiv zu machen. Parallel dazu muss ein P+R-System in die Konversionsplanungen miteinbezogen werden.

Nachhaltigkeit manifestiert sich auch in einem ökologischen Mietspiegel, wie er auf Forderung der Grünen jetzt erstellt wurde.

Entscheidungen der Stadt betreffen oft drei Akteure: Verwaltung, Bürgerschaft und Politik. Alle Beteiligten wollen ernst genommen und respektiert werden. Auch das ist eine Investition in die Zukunft unserer Stadt und die Nachhaltigkeit.

Haushaltsrede der BGS-Fraktion - Claus Ableiter

Mit Blick auf das Wechselspiel zwischen Regierung und Opposition bezeichnet er die Haushaltsrede der SWG als bemerkenswert. Die BGS jedenfalls wird diesem Haushalt nicht zustimmen.

Zum Zitat "same procedure as every year" aus der OB-Rede merkt er an: wenn man ein Loch immer weiter gräbt, ist das nicht einfach immer dasselbe, sondern das Loch wird immer tiefer.

Die Rechenmodelle des alten OB und der CDU basierten nur auf den regulären Krediten, die nicht einmal 1/3 der tatsächlichen Schulden ausmachen; der wirkliche Schuldenstand liegt

deutlich über dem Jahresumsatz der Stadt (208 Mio. €). Zur KEF-Beteiligung merkt er an, dass die tatsächlichen Einsparungen gerade einmal 151.000 € ausmachen, alles andere sind Mehreinnahmen durch Steuer- und Gebührenerhöhungen in Höhe 890.000 €, trotz des Tarnmanövers der CDU mit der vorgeschlagenen und dann doch abgelehnten Gewerbesteuer, was für ihn eigentlich ein Stück aus dem Tollhaus ist.

Die wiederholt vorgebrachte Kritik am Land kommentiert er mit der Frage, wie diese böse Landesregierung, die im Jahr selbst 1 Mrd. € Schulden aufnimmt bei einem Haushaltsgesamtvolumen von 14 Mrd. € mehr Geld für die Kommunen aufbringen soll. Die wieder geplanten Elternbeiträge für die Kinderbetreuung stellen eine Sondersteuer für Familien mit Kindern dar. Das Land hat bereits 10 % des eigenen Personals abgebaut. Was man nach seiner Ansicht einsparen könnte, wären 3 komplette Landesregierungen in Saarbrücken, Mainz und Wiesbaden samt ihrer Ministerialbürokratie, in der auch Dr. Jung arbeitet.

Richtig ist, dass - sinnvolle - Aufgabenübertragungen, z.B. der Kinderbetreuung, eine finanzielle Unterdeckung der Kommunen zur Folge haben, da dort nicht 1/3 der Kosten anfallen, sondern 3/3. Die Verantwortung dafür sieht er auch bei den etablierten Parteien, die ihre Abgeordneten in die Parlamente entsenden und dort solche Aufgabenerweiterungen beschließen. Auch die SWG ist dabei nicht außen vor, weil man in solchen Fälle in die Landespolitik gehen muss, um Dinge zu ändern.

Geringfügige Beschäftigungsverhältnisse belasten seiner Ansicht nach zusätzlich die öffentlichen Haushalte.

Kleine Sünden aus der Vergangenheit holen die Stadt nun ein. Der Neubau der KiTa Kunterbunt, die vor einigen Jahren auf Beschluss der Mehrheitsfraktionen in Leichtbauweise erfolgte, kostet jetzt richtig Geld, während die Verantwortlichen dafür immer noch an den entsprechenden Positionen sitzen. Weiteres Beispiel sei die Verschwendung von 1 Mio. € für die Verschandelung des St.-Guido-Stifts-Platzes.

Er kritisiert scharf die Bauverschandelung in der Kirrmeier-Straße. Die Mehrheitsfraktionen haben Glück, dass sich das Erlus-Verfahren so lange hingezogen hat, sonst hätten sie bei der Kommunalwahl ein Problem, wenn die Leute sehen, was für Klötze dort gebaut werden. Und dafür wurden 130.000 € für einen Wettbewerb zu Gunsten eines privaten Investors aufgewendet.

Weiterhin begrüßt er, dass der Wahnsinn eines Umzuges des Bürgerbüros in die Ludwigstraße 13 gestoppt wurde, welcher 1 Mio. € gekostet hätte.

Als Ziele der BGS-Fraktion nennt er zunächst die Feuerwehr; eine 2. Wache zu errichten, ist die preiswerteste Lösung und eine sinnvolle Investition, ebenso wie die Rettungswache. Dafür wäre die BGS auch bereit, Schulden aufzunehmen. Herzinfarkt und Schlaganfall gehören zu den Haupttodesursachen in Deutschland, bei denen es um Sekunden geht, was die Versorgung angeht. Stattdessen wird immer wieder mit fragwürdigen Argumenten verzögert, in Speyer gilt Kür vor Pflicht.

Da in Speyer gar kein Platz mehr für größere Industrieansiedlungen ist, sind auch keine großen Anstrengungen zur Wirtschaftsförderung mehr erforderlich. Die Kurpfalzkasernen muss Raum für individuelle Baugebiete schaffen und keine Gewerbeflächen, während im Industriebereich rund 150 gewerbliche Mieter durch Nutzungskonflikte in den Randbereichen nicht kaputt gemacht werden dürfen. Darauf ist auch bei der Überplanung des LIDL-Geländes zu achten.

2013 war ein schlechtes Jahr für die Umwelt. Er vergleicht die CDU mit einer Horde Orks, die nichts anderes zu tun hat, als Bäume im Auwald umzuschlagen. In der Flugplatzbetreibergesellschaft sieht er nichts anderes als getarntes Wohlverhalten gegenüber der BASF

Zum ÖPNV merkt er an, dass diese Stadt so verrückt ist, zumindest in ihrer Führung, dass man bei der letzten Ausschreibung einem Unternehmen den Zuschlag erteilte, das mit 100.000 € jährlich subventioniert werden muss, nachdem man ein eigenwirtschaftliches Angebot des bisherigen Betreibers aus Speyer ausgeschlagen hatte. In Zukunft kostet der Bus-ÖPNV gar 800.000 € im Jahr.

Den monströsen Tiefgaragen-Bau am Willy-Brandt-Platz sieht er als Grund dafür, warum die Sparkasse über viele Jahre keine Gewinnbeteiligung an die Stadt abgeben konnte. Jetzt hat diese Abbruchkoalition, die schon Altenheim und Krankenhaus abgewickelt hat, u.a. mit dieser Begründung die älteste Sparkasse der Pfalz in die – von der BGS abgelehnte – Fusion mit Ludwigshafen getrieben.

Haushaltsrede der FDP-Fraktion - Dr. Heinz-Dieter Jakumeit

Herr Dr. Jakumeit beginnt seine Rede mit Horaz-Zitat "sapere aude" – wage zu denken!, mit dem auch Heiner Geißler sein letztes Buch übertitelt.

Auch er nimmt Bezug auf die Ergebnisse des Rechnungshofberichtes zur defizitären finanziellen Lage der Kommunen in RLP im nunmehr 23. Jahr. Wieviel von den zugesagten Mitteln, die den Kommunen vom Land nach dem Urteil des Verfassungsgerichtshofes zum Finanzausgleich versprochen wurden, tatsächlich ankommen werden, bleibt ungewiss. Er kritisiert auch das angebliche Konnexitätsprinzip des Landes am Beispiel der Kindertagesstätten. Eine kommunale Selbstverwaltung ist damit praktisch nicht mehr möglich.

Angesichts eines erneuten Defizits von 19 Mio. € bekennt sich die FDP zur Leistungsgerechtigkeit, fordert aber auch einen Übergang von der Versorgungsmentalität hin zu mehr Eigenverantwortlichkeit und Identifikation mit der eigenen Kommune.

Bei den schulischen Angeboten setzt die FDP-Fraktion auf die Einrichtung eines Ganztagsgymnasiums. Auch hier darf aber das Land nicht zu Lasten von Bildung bei den Kommunen sparen.

Eine Tourismusabgabe ist für die FDP-Fraktion denkbar, jedoch nur mit geringem Verwaltungsaufwand. Sie darf den Adressatenkreis, der noch genauer zu definieren ist, jedoch nicht in der Existenz gefährden und muss zweckgebunden verwendet werden, nicht zur allgemeinen Haushaltskonsolidierung.

Dem demographischen Faktor muss die Verwaltung in Zukunft ein höheres Augenmerk schenken, vor allem auch in Fragen der öffentlichen Mobilität.

Im Sinne von effektivem Sparen fordert er, die weit verbreitete Gießkannenförderung zu Gunsten gezielter Fördermaßnahmen einzuschränken.

Die FDP-Fraktion stimmt dem Haushalt 2014 zu.

Haushaltsrede Ratsmitglied Die Linke – Wolfgang Förster

Herr Förster erinnert eingangs daran, dass in Deutschland ziemlich auf den Tag genau 10 Jahre Hartz IV gelten.

Die Ziele von Hartz IV sind nach seiner Auffassung auf der ganzen Linie gescheitert. Aus einem ursprünglich durch Arbeit erworbenen Rechtsanspruch wurde eine Fürsorgeleistung. Die angestrebten Entlastungen der Kommunen wurden niemals dokumentiert; während die Arbeitgeber massiv entlastet werden, zieht die Regierung Arbeitnehmer und Leistungsbezieher durch überall erhöhte Verbrauchssteuern zur Finanzierung heran.

Sozialleistungen sind auch in Speyer mit Abstand der größte Haushaltsposten. Wirtschaftliche Probleme lassen sich aber nicht durch die Forderung nach Sparen beseitigen. Die Stadt hat einen hohen Schuldenstand und ist bald überschuldet. Dabei halten freiwillige Leistungen aber eine Stadt am Leben. Im Gegensatz zur SWG steht für die Linke fest, dass die Stadt sehr wohl ein Einnahmeproblem hat. Wirtschaft und Gemeinwesen können nicht prosperieren, wenn alle eisern sparen.

Er spricht sich dafür aus, dem Ausverkauf von städtischen Immobilien durch Investitionen entgegen zu wirken. Eine reiche Gesellschaft kann sich keine arme Kommune leisten.

Die Linke lehnt den Haushaltsentwurf und die darin geplanten Gebührenerhöhungen ab.

Er richtet besondere Grüße an die Vorsitzende des Beirats für Migration und Integration, die mit einem gebrochenen Knöchel im Krankenhaus liegt.

Haushaltsrede Ratsmitglied Die Republikaner – Alois Rößsch

Herr Rößsch richtet einen Appell an alle Parteien, ihre Bundes- und Landespolitik, welche die Gemeinden belastet, zu ändern. Alle Konferenzen in der Vergangenheit sind ohne Konsequenzen geblieben.

Er appelliert an Nachsicht und Sensibilität im Umgang mit Gewerbesteuerzahlern, die in Verzug sind, letztendlich aber die Kommune finanzieren. Dies ist auch ein Grund, warum die Republikaner gegen die Erhöhung der Gewerbesteuer gestimmt haben.

Der riesige Aufwand von über 40 Mio. € für Soziales spricht für sich. Er äußert auch eine Abmahnung für einige MitarbeiterInnen des Jobcenters hinsichtlich ihres Umgangs mit den Klienten, die als Kunden behandelt werden sollten.

Er kritisiert das Baustellenchaos in Speyer und die damit verbundene mangelhafte Koordination der Behörden.

Auch die Bestellung von externen Gutachtern betrachtet er als hinausgeschmissenes Geld; er wirft die Frage auf, wer diese bestellt.

Vom Rat fordert er, den Fraktionszwang beiseite zu legen. Sparen heißt für ihn, weniger ausgeben als einnehmen. Skandalös sei die Vergabe von öffentlichen Aufträgen an Firmen mit Subunternehmen aus Bulgarien und Rumänien, während einheimische Arbeitssuchende zuschauen müssen, weil sie angeblich zu teuer sind. Einige Zitate stammen aus seiner Haushaltsrede vom Vorjahr, passiert sei aber seitdem nichts. Auch an der Vermüllung des Mitfahrparkplatzes an der B 9 und der unbefriedigenden Parksituation mit LKWs in SP-Nord hat sich nichts verändert.

Die Republikaner stimmen dem Haushaltsentwurf nicht zu.

Der Vorsitzende schließt die Haushaltsreden mit der Feststellung ab, dass zur Abstimmung über den Haushalt aktuell ein Antrag von Herrn Roßkopf auf Beschluss eines allgemeinen Sperrvermerks für alle Investitionsmaßnahmen aus der Investitionsliste vorliegt.

Bei der Beantragung von EFRE-Mitteln ist generell ein Eigenanteil im Haushalt vorzuhalten. Sollten laufende Fördermittelprojekte abgelöst werden, ist die gesamte Fördersumme wieder zurückzuzahlen. Kernstadt-Nord und Soziale Stadt SP-West sind seit Jahren initiierte Projekte, bei denen man sich bereits in der laufenden Förderung befindet. Ein Sperrvermerk dafür wäre daher kontraproduktiv.

Herr Roßkopf konkretisiert, es handle sich nicht um einen Antrag auf Sperrvermerk für Bauleistungen. Er sieht sich als Vertreter des gesamten Stadtrates, der über sehr viele Ausgaben keinerlei Kontrolle hat, weshalb es eine Aussprache über die einzelnen Zahlungen geben sollte.

Der SWG-Ergänzungsantrag findet mit 6 Ja-Stimmen (SWG- und BGS-Fraktion), bei 1 Enthaltung (Linke – Förster) nicht die erforderliche Zustimmung und wird damit vom Rat mehrheitlich abgelehnt.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt mit 31 Stimmen der anwesenden Ratsmitglieder mehrheitlich (bei 3 Gegenstimmen: C. Ableiter – BGS, Förster – Linke, Röbosch – REP), die Haushaltsatzungen und den vorgelegten Haushaltsentwurf 2014 mit den in der vorbereitenden Ratssitzung vom 12.12.2014 eingearbeiteten Änderungen.

Gegenstand: Jahresabschluss 2009;
1. Feststellung des Jahresabschlusses
2. Entlastung des Oberbürgermeisters, des Bürgermeisters
und der Beigeordneten
Vorlage: 1202/2013

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Der Vorsitzende verweist auf die umfangreiche Vorlage und die empfehlende Vorberatung im Ausschuss. Die Verwaltung werde versuchen, dem Rat künftig 2 Jahresabschlüsse aus den zurückliegenden Perioden vorzulegen, um wieder auf das laufende Rechnungsjahr zu kommen. Er übergibt das Wort an den Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses, Herrn Wagner. Diesem ist es ein besonderes Bedürfnis, den MitarbeiterInnen des Rechnungsprüfungsamtes seinen ausdrücklichen Dank für die umfangreiche Vorarbeit auszusprechen. Immerhin handelt es sich bei dem vorliegenden Bericht um den ersten doppischen Jahresabschluss der Stadt. Die Rechnungsprüfung konnte also auf keinerlei Erfahrungswerte aus der Vergangenheit zurückgreifen und musste völliges Neuland betreten, um den Ausschuss in gewohnt umfassender Art über die Feststellungen zu informieren.

Herr Jaberg äußert die Befürchtung, dass die MitarbeiterInnen mit dieser vollkommen neuen Aufgabenbewältigung ein Stück weit alleine gelassen worden sind.

Ein Wechsel in der Sitzungsleitung ist nicht erforderlich, da die zu entlastenden Stadtvorstandsmitglieder Werner Schineller und Hanspeter Brohm nicht mehr im Amt sind.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Rechnungsprüfungsausschusses beschließt der Stadtrat einstimmig:

1. Feststellung des Jahresabschlusses 2009

Der geprüfte Jahresabschluss zum 31.12.2009 mit allen Bestandteilen und Anlagen wird mit folgenden Abschlussergebnissen festgestellt:

Jahresfehlbetrag der Ergebnisrechnung: - 20.714.568,70 €

Finanzmittelfehlbetrag der Finanzrechnung - 17.986.684,02 €

Schlussbilanz (auf 1.000 € gerundet):

		A K T I V A				P A S S I V A	
		31.12.2009	01.01.2009			31.12.2009	01.01.2009
		TEuro				TEuro	
1	Anlagevermögen	394.416	397.679	1	Eigenkapital	75.859	98.309
2	Umlaufvermögen	11.712	15.224	2	Sonderposten	108.067	108.692
3	Ausgleichsposten für latente Steuern	0	0	3	Rückstellungen	45.065	42.537
4	Rechnungs- abgrenzungsposten	316	0	4	Verbindlichkeiten	177.452	163.365
5	Nicht durch Eigen- kapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	5	Rechnungs- abgrenzungsposten	1	0
Summe Aktiva		406.444	412.903	Summe Passiva		406.444	412.903

2. Entlastung des Oberbürgermeisters, des Bürgermeisters und der Beigeordneten

Für die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Stadt Speyer wird

- dem zum 31.12.2010 ausgeschiedenen Oberbürgermeister, Herrn Werner Schineller,
- dem zum 28.02.2010 ausgeschiedenen Bürgermeister, Herrn Hanspeter Brohm sowie
- den Beigeordneten, Herrn Frank Scheid und Herrn Wolfgang Böhm,

Entlastung erteilt.

42. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 19.12.2013

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 3

Gegenstand: Satzung der Musikschule der Stadt Speyer, Neufassung
Vorlage: 1193/2013

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Im Zusammenhang mit dieser Satzungsvorlage informiert der Vorsitzende, dass eine Normenkontrollklage gegen die 2012 beschlossene Friedhofssatzung erhoben wurde.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Kulturausschusses beschließt der Stadtrat einstimmig die Neufassung der Satzung für die Musikschule der Stadt Speyer laut Vorlage.

42. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 19.12.2013

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 4

**Gegenstand: Satzung über die Gebührenerhebung der Musikschule,
Änderung der Gebührenstruktur
Vorlage: 1194/2013**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Kulturausschusses beschließt der Stadtrat mehrheitlich (bei 1 Gegenstimme: Förster – Linke) die Verabschiedung der Satzung zur Änderung der Satzung über die Gebührenerhebung der Musikschule der Stadt Speyer entsprechend der Vorlage.

42. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 19.12.2013

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 5

**Gegenstand: Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Speyer über die
Schülerbeförderung
Vorlage: 1175/2013**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Schulträgerausschusses beschließt der Stadtrat einstimmig die Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Speyer über die Schülerbeförderung entsprechend der Vorlage.

**Gegenstand: Änderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen in Kindertagesstätten der Stadt Speyer und in der Kindertagespflege
Vorlage: 1218/2013**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

- I. Auf der Grundlage des § 90 Sozialgesetzbuches (SGB VIII) - Kinder- und Jugendhilfe - vom 11. September 2012 (BGBl. I. S. 2022), zuletzt geändert durch Gesetz vom 29. August 2013 (BGBl. I. S. 3446) und des § 13 des Kindertagesstättengesetzes vom 15. März 1991 (GVBl. S. 79), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Juni 2013 (GVBl. S. 256) sowie § 2 Abs. 1 Kommunalabgabengesetz (KAG) vom 20. Juni 1995 (GVBl. S. 175), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. Februar 2011 (GVBl. S. 25) und § 24 Gemeindeordnung (GemO) vom 31. Januar 1994 (GVBl. S. 153), zuletzt geändert durch Gesetz vom 8. Oktober 2013 (GVBl. S. 349) beschließt der Stadtrat der Stadt Speyer in seiner Sitzung am 19.12.2013 folgende Satzungsänderung:
 1. § 5 Abs. 2 erhält folgende Fassung:
 - (2) Beiträge **in Krippen und Horten** werden für volle Monate erhoben.
 2. Folgender § 5 Abs. 3 wird neu eingefügt:
 - (3) Beiträge **in Kindertagespflege** werden für volle Monate erhoben; erfolgt die Aufnahme bis zum 15. eines Monats ist der volle Beitrag, bei einem späteren Zeitpunkt der halbe Beitrag zu entrichten.
 3. Die bisherigen Absätze (3) und (4) verschieben sich entsprechend.
 4. Die geänderte Satzung tritt rückwirkend zum 01.08.2013 in Kraft (§ 7).

42. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 19.12.2013

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 7

**Gegenstand: Vollzug des Kommunalabgabengesetzes (KAG)
hier: Aktualisierung des Kategorienplans
Vorlage: 1197/2013**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Bau- und Planungsausschusses beschließt der Stadtrat einstimmig die Aktualisierung des Kategorienplanes entsprechend der Vorlage.

**Gegenstand: Prot. Kindertagesstätte Villa Kunterbunt
- Errichtung des Kompensationsbaus in der Dr.-Eduard-Orth-Straße
Vorlage: 1189/2013**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Jugendhilfeausschusses beschließt der Stadtrat einstimmig:

1. Der Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 24.04.2013 wird aufgehoben und wie folgt neu gefasst:
2. Für die 3-gruppige Prot. Kindertagesstätte Villa Kunterbunt wird eine 6-gruppige Kindertagesstätte in der Dr.-Eduard-Orth-Straße durch die Stadt Speyer errichtet.
3. Der Beginn der Baumaßnahmen ist für 2014 vorgesehen.
4. Der Übernahme der Trägerschaft durch den bisherigen Träger, die Prot. Gesamtkirchengemeinde Speyer, wird zugestimmt.
5. Die Bau- und Ausstattungskosten i.H.v. ca. 350.000,00 € pro Gruppe sind durch die Stadtverwaltung Speyer in den Haushalt 2014 einzubringen.
6. Die erforderlichen Beschlüsse weiterer Gremien (Bau- und Planungsausschuss, Stadtrat) sind einzuholen.
7. Über die endgültige Struktur der Gruppen wird im Rahmen der Kindertagesstättenbedarfsplanung entschieden.

Gegenstand: Umbesetzung von Ausschüssen
Vorlage: 1195/2013

Die Tischvorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig folgende Änderungen:

1. Auf Vorschlag der SPD-Stadtratsfraktion:

Gremium:	Mitglied:	Stellvertreter(in):
Aufsichtsrat SWS GmbH (2.):	neu: Walter Feiniler für: Dr. Markus Winterle	-

2. Auf Vorschlag des Caritasverbandes für die Diözese Speyer e.V.:

Gremium:	Mitglied:	Stellvertreter(in):
Jugendhilfeausschuss (12.):	weitere stimmberechtigte Mitglieder Wohlfahrtsverbände, frei Träger der Jugendhilfe	
	neu: Pascal Thümling Caritas-Zentrum Speyer Bahnhofstraße 31 67346 Speyer für: Gisela Walz-Oswald (ab 01.01.2014)	unverändert <i>(Petra Kindsvater)</i>

42. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 19.12.2013

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 10

Gegenstand: Annahme und Verwendung von Spenden nach § 94 Abs. 3 GemO
Vorlage: 1216/2013

Die Tischvorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der Annahme der von der Verwaltung aufgelisteten Zuwendungen einstimmig zu.

42. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 19.12.2013



42. Sitzung des Stadtrates 19.12.2013 **Hansjörg Eger**

Hinweis: Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!